

Befragung des Deutschen Städtetages zu Flüchtlingsthemen

Antworten des Oberbürgermeisters Pit Clausen, Stadt Bielefeld

1. Wie viele Flüchtlinge hat Ihre Stadt in diesem Jahr bisher aufgenommen bzw. wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber leben derzeit in Ihrer Stadt?

In diesem Jahr wurden der Stadt Bielefeld mit Stand vom 6. Dezember 2015 insgesamt 2 785 Personen zugewiesen. Die Stadt Bielefeld ist auch zuständig für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Aktuell handelt es sich hierbei um 554 Kinder und Jugendliche.

Zum Stichtag 1. Dezember 2015 lebten insgesamt 5 909 Personen in Bielefeld, die sich als Asylbewerber (2 594), als Folgeantragsteller (98), als Geduldete (594) oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (2 623) hier aufgehalten haben.

2. In welchem Umfang müssen in Ihrer Stadt Notunterkünfte z.B. in Form von Zelten und Turnhallen genutzt werden? In welchem Umfang ist oder war dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich?

Bielefeld hat die geflüchteten Menschen bislang vor allem in Übergangwohnheimen (in wohnungsähnlicher Qualität) und in Wohnungen untergebracht. Erst in den vergangenen Wochen mussten wir Notunterkünfte schaffen.

Im Detail:

Die zugewiesenen Menschen werden zum einen in verschiedenen Übergangwohnheimen im Stadtgebiet untergebracht. Aufgrund der erhöhten Zuweisungszahlen mussten die Kapazitäten im größeren Umfang erhöht werden. Dies ist zum Beispiel durch den Umbau städtischer Immobilien wie ehemaliger Schulen und Kindertagesstätten erfolgt. Mittlerweile stehen insgesamt rund 620 Plätze zur Verfügung, die allesamt belegt sind.

Im Rahmen eines dezentralen Konzeptes werden zum anderen Personen in privatem (als Dependancen zu den Übergangseinrichtungen geführtem) Wohnraum untergebracht. Hierzu sind wir auf Wohnungsangebote der Eigentümer angewiesen. Die formelle Unterbringung erfolgt mit Einwilligung der Eigentümer als sogenannte Beschlagnahmung nach dem Ordnungsbekanntmachungsgesetz oder in normalen Anmietungen. Der Eigentümer erhält bei Beschlagnahmungen eine Nutzungsentschädigung in Miethöhe. Diese Form der Inanspruchnahme kommt den Wohnungseigentümern entgegen, da sie von Haftungsrisiken freigestellt werden.

Eine Beschlagnahme ohne Einwilligung des Eigentümers wird nicht vorgenommen.

Aktuell sind über 300 Dependancen vorhanden und mit über 1 700 Menschen belegt. Die größte Dependance ist eine seit November angemietete Wohnanlage mit 110 Wohnungen, die aktuell als Sammelunterkunft mit 550 Personen belegt ist. Daneben sind auch rund 300 Personen in verschiedenen Hotels untergebracht.

Zuletzt wurden Büroimmobilien, Gewerbehallen und ein leerstehendes Schulgebäude zu Notunterkünften mit insgesamt rund 400 Plätzen hergerichtet. Als absehbar war, dass auch diese Kapazitäten erschöpft waren und anstehende weitere Umbauten zu Notunterkünften absehbar noch nicht fertig gestellt werden können, wurde der Krisenstab einberufen. Der Krisenstab hat

mittlerweile zwei Sporthallen für die Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge bestimmt, die aktuell für jeweils rund 150 Menschen hergerichtet werden. Den Prognosen zufolge wird Anfang Januar eine weitere Sporthalle zur Unterbringung zur Verfügung stehen müssen.

3. Wie können in Ihrer Stadt genügend winterfeste Unterkünfte sichergestellt werden?

siehe Antwort zu 2.

4. Wie ist nach Ihrem Eindruck die Einstellung der Bevölkerung in Ihrer Stadt gegenüber den Flüchtlingen? Wandelt sich die Einstellung, weil mehr Menschen kommen?

Die Willkommenskultur ist stark entwickelt und die Bereitschaft der Bielefelder Stadtgesellschaft, sich für geflüchtete Menschen einzusetzen, sehr groß. Im Umfeld der Übergangseinrichtungen sind im Regelfall „runde Tische“ der im Quartier handelnden Akteure gebildet worden. Auch über die Sozialen Netzwerke haben sich Initiativen der Flüchtlingshilfe gegründet.

Trotz anhaltender Unterstützung ehrenamtlich Tätiger werden kritische Stimmen und die kritischen Kommentare in Sozialen Netzwerken oder Onlinemedien lauter – insbesondere seit der Sporthallennutzung in Schulen. Dies liegt an der direkten Betroffenheit des Sports, der Schulleitungen und vor allem der Elternschaft.

Zudem ist eine gewisse „Ermüdung“ bzw. „Überforderung“ spürbar – auch bei eher wohlgesonnenen Menschen – im Sinne eines „Wo soll das hinführen?“ oder „Kümmert ihr euch in der Politik auch noch um uns?“

5. Viele Städte stoßen bei der Unterbringung an Grenzen. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Stadt ein, in den nächsten Monaten dennoch weitere Menschen aufzunehmen?

Eine Projektgruppe unter Federführung der Bauverwaltung hat städtische Grundstücke untersucht, die für den temporären Systembau (Container) in Frage kommen.

Zur langfristigen Unterbringung ist zudem die Schaffung von neuem bezahlbaren öffentlich geförderten Wohnraum erforderlich, um auch Nachhaltigkeit zu bewirken.

Ziel ist es, den Menschen mittelfristig die Möglichkeit zu eröffnen, eigenen Wohnraum anzumieten. Damit können Unterbringungsplätze in den Übergangwohnheimen für Menschen aus Notunterkünften frei gemacht werden.

Würden weiterhin 200 Menschen in der Woche zugewiesen werden, müsste die Stadt mehr oder minder flächendeckend Sporthallen umnutzen. Da die für den Betrieb dieser Sporthallen notwendigen Hilfsorganisationen – auch weil sie in Bielefeld noch mehrere Landes-einrichtungen betreiben – mittlerweile organisatorisch und personell an ihre Grenzen stoßen, erscheint eine umfangreiche Sporthallennutzung (nicht zuletzt auch wegen der finanziellen Auswirkungen für die Stadt) aber nicht umsetzbar. Dies gilt auch für die von der Stadt geplanten Nutzung weiterer Gewerbeimmobilien.

6. Wieweit hat in Ihrer Stadt bereits die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive beginnen können?

In Bielefeld arbeiten wir aktuell zur Steuerung des Umgangs mit der Flüchtlingszuwanderung in einem gemeinsamen Arbeitsprozess („Bielefeld integriert“) mit allen wesentlichen Akteuren der Stadtgesellschaft zusammen. Die Arbeit erfolgt in vier Fachgruppen zu den Themen Unterbringung und Versorgung, Gesellschaftliche Teilhabe, Ausbildung und Arbeit sowie Bürgerschaftliches Engagement. Die gemeinsame Bewältigung vor Ort bedarf einer engen Verzahnung dieser Fachthemen und einer offensiven und transparenten Informationspolitik zur Schaffung von Akzeptanz und Willkommenskultur in der Stadtgesellschaft.

Ein Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld beschreibt die gesamtstädtischen Planungen und Überlegungen für die identifizierten Handlungsfelder. Den politischen Gremien wurden erste Umsetzungsschritte und die dafür notwendigen Ressourcen benannt.

So sind im Bereich der Kitas geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung einer auf die tatsächlichen Bedarfe ausgerichteten Sprachförderung zu ergreifen und künftig prognostizierte Bedarfe zunächst durch zusätzliche Gruppenplätze, perspektivisch durch neue Kita-Plätze zu decken. Daneben sind entsprechende „Brückenprojekte“, zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder aus Flüchtlingsfamilien außerhalb der regulären Kita-Versorgung, sicherzustellen.

In Stadtteilen mit Übergangsheimen bzw. mit einer hohen Anzahl von Flüchtlingen sollen durch zusätzliche Mittel die Regelangebote verstärkt werden (insbesondere die Offene Kinder- und Jugendarbeit), um die Integration der Flüchtlinge fördern und die Unterstützung der bürgerschaftlich Engagierten leisten zu können. Für die Durchführung von Projekten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen sowie zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der Nachbarschaften in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur und non-formale Bildungsprojekte sollen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Personen mit Fluchterfahrung werden durch eine städtische Tochtergesellschaft der kommunalen Arbeitsmarktförderung als Integrationslotsen beschäftigt. Zudem wird diese Gesellschaft ihre Beratungsangebote im Übergang Schule/Beruf für die besondere Zielgruppe der Flüchtlinge zentral zusammenführen und die jungen Erwachsenen darauf vorbereiten, Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen zu können. Dies auch als Unterstützung des „Integration Point“ der Arbeitsagentur, der eine ganzheitliche Beratung von Flüchtlingen in der Arbeitsaufnahme bezweckt. Hieran wird sich auch das Jobcenter beteiligen, das sich zudem der Betreuung und der Integrationsplanung zum Arbeitsmarkt für die Gruppe von Neuzuwanderern in einem eigens für diese Zielgruppe zu gründenden Projektteam widmen wird.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 10. Dezember Mittel für die beschriebenen Aufgaben bewilligt.

7. Worin sehen Sie für das Jahr 2016 die größte Herausforderung im Hinblick auf Flüchtlinge in Ihrer Stadt?

Im Mittelpunkt wird weiter die Unterbringungsfrage stehen. In engem Zusammenhang steht die Frage, wie die bislang hohe Akzeptanz aufrechterhalten werden kann. Dies wird nur gelingen, wenn die Stadt die Integrationsaktivitäten fortführt und dabei von Bund und Land konzeptionell und finanziell unterstützt wird. Im wahrsten Sinne des Wortes fatal für die Ak-

zeptanz der Bevölkerung wäre, wenn die Stadt gezwungen würde, den steigenden flüchtlingsbedingten Kosten bei anderen Angeboten für die Bürger hinterherzusparen.

Außerdem wird auch die Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der betroffenen Nachbarschaften von großer Bedeutung sein.

Zu einer Herausforderung kann es auch noch werden, Akzeptanz in den Flüchtlingshilfegruppen zu erreichen, falls es zu größeren Abschiebe-/Rückführungsaktionen kommen sollte.

8. Was halten Sie – jenseits der Forderungen des Deutschen Städtetages an Bund und Länder – für nötig, um die Situation in den Städten bewältigen zu können? Sehen Sie einen Aspekt, der bisher zu wenig bei der Lösung der Aufgaben beachtet wird?

Aktuell wird berichtet, dass das Land seine Plätze in kleineren Ersteinrichtungen nicht besetzt und teilweise abbaut. Diese Plätze könnten jedoch dazu genutzt werden, Personen ohne Bleibeperspektive für einen längeren Zeitraum dort unterzubringen und nicht auf die Kommunen zu verteilen – wie im Übrigen mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auch vorgesehen. Diese Absichten sind bisher auf kommunaler Ebene noch nicht zu spüren.

Am wenigsten scheint bislang die Frage bearbeitet zu sein, wie die Flüchtlinge „fit für den Arbeitsmarkt“ gemacht werden können. Der Bund unterschätzt unserer Auffassung nach diese Herkulesaufgabe und stellt zu geringe Finanzmittel dafür zur Verfügung.